

GZ.: Präs. 19067/2006-1  
Informationsbericht Integrationsreferat

Graz, 2006-06-19  
Brigitte Köksal

BerichterstellerIn:

.....

Bericht  
an den  
Gemeinderat

**Informationsbericht:**

**Ausgangslage:**

Mit 3. November 2005 ist das Integrationsreferat installiert worden.  
Zur Zeit gibt es eine Mitarbeiterin in diesem Referat.

**Arbeitsschwerpunkte und Budgetbedarf :**

In Absprache mit der Politik sollten Themenschwerpunkte für mehrere Jahre festgelegt werden. **Eine Grundlage bieten die Studien von Dr. Anette Sprung im Auftrag der Stadt Graz "Kulturelle Vielfalt und Integration" sowie "Integration von MigrantInnen in der Steiermark - Chancen und Hemmnisse" (Bestandsaufnahme und Vorschläge) im Auftrag des Landes.**

Der größte Handlungsbedarf besteht in folgenden Bereichen:

Spracherwerb, Sprachbarrieren

**Schulische und berufliche Qualifizierung**

Konflikte im unmittelbaren Zusammenleben von GrazerInnen und MigrantInnen

**Soziale Beratung und Begleitung**

“Hilfe zur Selbsthilfe”

**Interkulturelle Öffnung, Mitwirkung gut ausgebildeter MigrantInnen**

Aus der Sicht des Integrationsreferates sollten lediglich Projekte gefördert werden, deren Zielsetzung Integration ist:

- Förderung des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft
- Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppen
- Bewusstseinsbildung
- Spracherwerbsmaßnahmen
- Bildung und Orientierung, **Werte Vermittlung**
- Unterstützung von Vereinen im Sinne einer “Hilfe zur Selbsthilfe”

Kulturelle Veranstaltungen und dergleichen für einzelne MigrantInnengruppen , die diesen Zielsetzungen nicht entsprechen, sollten daher nicht gefördert werden.

Das Integrationsreferat verfügt für das Jahr 2006 über ein Budget in der Höhe von Euro 40.000,--.

Für die nachfolgenden Vorschläge ist ein Gesamtbudget von rd. Euro 500.000,-- erforderlich, welches aus dem derzeit der Magistratsdirektion zugewiesenen Eckwert nicht bedeckt werden kann.

### **Sprachoffensive:**

Auf Grund der neuen rechtlichen Bestimmungen müssen mehr ImmigrantInnen Integrationsvereinbarungskurse absolvieren. Weiters kann auch eine Einbürgerung nur erfolgen, wenn entsprechende Deutschkurse (A2, gemäß dem europäischen Referenzrahmen für Sprachen) nachgewiesen werden.

Für das Jahr 2006 sind noch 240 Personen auf den Wartelisten für diese Kurse vorgemerkt.

Für das Jahr 2007 werden Deutsch- bzw. Integrationsvereinbarungskursplätze für ca. 480 Personen benötigt. Dieser Bedarf ist auch für die Folgejahre anzunehmen.

Die Kosten eines Deutschkurses (300 Stunden/16 TeilnehmerInnen) betragen im Durchschnitt Euro 8400,--. Der Selbstbehalt eines/r Teilnehmer/in beträgt Euro 192,50.

Die Vereine in Graz, die Deutschkurse anbieten (ISOP,DANAIDA), verfügen nicht über die notwendigen Mittel um das Angebot an die Nachfrage anzupassen.

Seitens des Integrationsreferates wird eine Sprachoffensive nach dem Wiener Modell vorgeschlagen:

Um die Möglichkeit eines Sprachkursbesuches zu gewährleisten fördert die Stadt Wien Vereine, deren Angebote einem festgelegten Qualitätsstandard (zB. Rahmen Curriculum für Deutsch als Zweitsprache der Universität Wien) entsprechen.

KursteilnehmerInnen werden mittels eines "Wiener Sprachgutscheins" in der Höhe von Euro 100,-- gefördert.

*Dieser Vorschlag entspricht einem Budgetbedarf von jährlich rd. Euro 300.000,--*

Eine über mehrere Jahre angelegte Sprachoffensive erscheint seitens des Integrationsreferates die bestmögliche Förderung zur Integration unserer MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund.

### **Offensive: Abbau der Sprachbarrieren zur Verwaltung**

Bereits 2005 wurde eine Umfrage seitens der Gleichbehandlungsbeauftragten durchgeführt um festzustellen, ob und welchen Bedarf an Übersetzungen es im Bereich der Stadtverwaltung gibt.

Folgende Abteilungen haben einen Bedarf an Übersetzungen gemeldet :

BürgerInnenamt, Sozialamt, Amt für Jugend und Familie, Gesundheitsamt, Amt für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung, Magistratsdirektion – Referat für Internationale Beziehungen, Wohnungsamt.

Zum Abbau der Sprachbarrieren wären in den genannten Ämtern Übersetzungen diverser Materialien notwendig (zB. Informationsblätter, Broschüren etc.). Die einzelnen Ämter verfügen zum Großteil über kein eigenes Budget für Übersetzungen.

Um eine erstmalige Übersetzung zu gewährleisten, wäre es sinnvoll diese aus Mitteln des Integrationsreferates zu finanzieren. Eine Liste kostengünstiger gerichtlich beeideter ÜbersetzerInnen kann zur Verfügung gestellt werden. In Folge sollten Aktualisierungen dieser übersetzten Materialien von den einzelnen Abteilungen veranlasst und finanziert werden.

*Budgetbedarf von rd. Euro 20.000,-- (einmalig im Bereich des Integrationsreferates)*

### **Offensive: Konfliktabbau im Zusammenleben von GrazerInnen und ImmigrantInnen:**

Die Bezirke Gries und Lend haben den höchsten MigrantInnenanteil unter den Grazer Bezirken. In jeder Gemeinschaft führt das Nebeneinander von Kulturen zu Spannungen. Dies bedarf einer verstärkten Vermittlungstätigkeit, um aus einem "spannungsgeladenem Nebeneinander" ein "friedliches Miteinander" werden zu lassen. Die Gesellschaft muss auf ihre Multikulturalität vorbereitet und für xenophobe, diskriminierende und rassistische Strömungen sensibilisiert werden.

Zur Konfliktlösung wurde das Projekt "Kulturmediation und interkulturelle Vermittlung" vorbereitet. Im Rahmen dieses Projektes werden wie folgt angeboten:

- Kulturmediation zur raschen und professionellen Lösung von Konflikten
- Rundgänge/Diskussionsveranstaltungen zur Bildung/Information vor allem der jugendlichen BewohnerInnen
- Kulturelle Aktivitäten wie Musik und gemeinsames Essen zum Abbau von Berührungängsten
- Interkulturelle Weiterbildung für politische EntscheidungsträgerInnen, VerwaltungsmitarbeiterInnen und weiteren MultiplikatorInnen

In Vorbereitung des Projektes gab es bereits Gespräche mit politischen Vertretern in den Bezirken und dem Wohnungsamt. Eine Durchführung des Projektes in den beiden obengenannten Bezirken erscheint am notwendigsten. Den größten Nutzen, auch für die Verwaltung (insbesondere A21, aber auch A5 und A6), ergibt sich bei einer Durchführung der Projekte **nicht nur in Gemeindefohnsiedlungen** mit großem Anteil von Personen mit Migrationshintergrund.

Die Dauer des Projektes erstreckt sich über 3 – 4 Jahre (Vorbereitung, Durchführung, Evaluierung, etwaige Nachbetreuung). Die Kosten pro Standort der Durchführung betragen für 3 – 4 Jahre rd. Euro 30.000,--.

Am sinnvollsten erscheint mit 2 – 3 Standorten zu beginnen (ua.: Triestersiedlung) und jährlich um 2 – 3 Standorte (je nach Bedarf) zu erweitern.

*Dieser Vorschlag entspricht einem Budgetbedarf von jährlich rd. Euro 90.000,--*

### **“Hilfe zur Selbsthilfe”:**

In Graz gibt es zur Zeit 73 eingetragene Vereine, die von MigrantInnen bzw. Personen mit Migrationshintergrund ( zweite Generation) gegründet wurden. Es handelt sich hierbei um religiöse Vereine, Freizeit- und Sportvereine, Kulturvereine, politische Vereine, Frauen-, Familien- und Elternvereine, soziale und humanitäre Vereine. Diese Vereine und ihre meist ehrenamtlichen MitarbeiterInnen werden nur sehr selten als "aktive BürgerInnen" wahrgenommen. Wenn es um das Thema der Integration geht, wird meistens nur an

Maßnahmen gedacht, die seitens der Politik und Verwaltung zu ergreifen sind, vergessen wird sehr oft, dass MigrantInnen, die sich in Vereinen und Selbsthilfegruppen zusammengetan haben, auf Grund ihres Selbsthilfepotentials ihren Integrationsprozess selber beeinflussen und auch gestalten können. Den meisten dieser Vereine ist die Integration ihrer "Landsleute" ein sehr großes Anliegen.

Das Integrationspotential der MigrantInnenselbstorganisationen kann am Beispiel der Vereins "Frauen für Frauen" verdeutlicht werden. Alleine durch das Engagement zweier Migrantinnen ist das Projekt zur interkulturellen Familienförderung, mit dem Ziel, Kinder und Eltern auf die Schule in unserem Kulturbereich vorzubereiten, entstanden. Um Vereine wie diesen zu unterstützen und um eine Fortführung eines solchen Projektes gewährleisten zu können, erscheint eine gesicherte Basissubvention die bestmögliche Förderung.

Aber auch bei Förderungen von MigrantInnenselbstorganisationen sollte das Ziel der Integration im Vordergrund stehen.

*Dieser Vorschlag entspricht einem Budgetbedarf von jährlich rd. Euro 50.000,--*

Des Weiteren benötigt das Integrationsreferat Mittel um einzelne Veranstaltungen mit MigrantInnenvereinen, NGOs und dem MigrantInnenbeirat durchführen zu können.

In Absprache mit diesen sollten regelmäßige Veranstaltungen wie Tagungen, Seminare, Workshops oder Informationsabende stattfinden, die sowohl für MigrantInnen, MitarbeiterInnen der einzelnen Organisationen, als auch allen Grazer Bürgern und Bürgerinnen gleichermaßen zugänglich sind.

*Dieser Vorschlag entspricht einem Budgetbedarf von jährlich rd. Euro 40.000,--*

Bestünde die Möglichkeit obengenannte Vorschläge umzusetzen, wären auch wesentliche Punkte des Arbeitsübereinkommens aus dem Jahre 2003 der ÖVP und SPÖ "Gemeinsam für Graz" erfüllt, ebenso wären Empfehlungen aus der Studie von Frau Dr.<sup>in</sup> Annette Sprung aus dem Jahre 2002 berücksichtigt (Studie liegt im Integrationsreferat auf).

#### **Zur Frage einer zentralen Mittelvergabe:**

Vorteile der zentralen Mittelvergabe:

Die SubventionswerberInnen müssen nur mehr einen Subventionsantrag stellen und mit der Bearbeitung ist nur mehr eine Abteilung beschäftigt.

Die Integrationsarbeit der Stadt Graz könnte konzentrierter dargestellt werden, eine gemeinsame Linie der Stadt nach außen wäre besser erkennbar.

Nachteile:

Ein Doppel- oder Mehrfachförderung von Projekten und Vereinen kann trotzdem nicht ausgeschlossen werden, da nach unterschiedlichen Kriterien, die im öffentlichen Interesse liegen, Subventionen vergeben werden können (zB Kulturprojekt mit Migrationshintergrund, ...).

Personelle Ressourcen im Integrationsreferat werden gebunden, insbesondere auch weil bei einem hohen Förderungsvolumen die Zahl der abzulehnenden Ansuchen erfahrungsgemäß steigt und der Erklärungsbedarf für die Ablehnung größer wird.

Seitens des Integrationsreferates wird hierzu wie folgt Stellung genommen:

Das Thema Integration könnte als Querschnittsmaterie verloren gehen, ebenso das Bewusstsein der Eigenverantwortung der einzelnen Abteilungen in diesem Bereich.

Die Anforderungen der einzelnen Abteilung an eine "zentrale Mittelvergabestelle" wären zwangsläufig überhöht. Wie es bereits die Einführung der dezentralen Ressourcenverantwortung gezeigt hat, werden wirtschaftliche Denkweisen nur durch Bündelung von Fach- und Budgetverantwortung gefördert.

Notwendig in diesem Zusammenhang ist jedoch, dass die konkrete Zusammenarbeit aller einschlägig befassten Stellen der einzelnen Abteilungen des Magistrats mit dem Integrationsreferat innerhalb des Magistrats klar geregelt wird, damit alle Maßnahmen und Förderungen im Überblick zur Verfügung gehalten werden können. Nur dann kann das Integrationsreferat seine Funktion als interner und externer Mittler und Vermittler effizient wahrnehmen.

Dem Bericht liegt wie folgt bei:

1. Liste der Beratungsstellen
2. Liste der MigrantInnenvereine
3. Statistik AusländerInnenanteil in Graz/Bezirken
4. Berechnung Deutschkurskosten
5. Europäischer Referenzrahmen für Sprachen

**Der Ausschuss für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte** stellt daher den

A n t r a g

der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1) Der Informationsbericht wird zur Kenntnis genommen

**Abänderungsantrag ersichtlich durch markierte bzw. kursiv geschriebene Passagen.**

Die Bearbeiterin:

Der Magistratsdirektor:

Der Bürgermeister:

**Der Antrag wurde in der heutigen**  öffentl.  nicht öffentl. **Gemeinderatssitzung**

bei Anwesenheit von . . . . . GemeinderätInnen

einstimmig  mehrheitlich (mit . . . Stimmen / . . . Gegenstimmen) **angenommen.**

Beschlussdetails siehe Beiblatt

Graz, am

Der / Die SchriftführerIn: